

Socio-Legal Newsletter Nr. 24 – Mai 2017

der Vereinigung für Recht und Gesellschaft e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Ihnen nach einer längeren Pause nun wieder einen Newsletter der Vereinigung für Rechts und Gesellschaft schicken zu können.

Im vergangenen September hatten wir den Tod unseres Gründungsmitglieds Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jutta Limbach zu beklagen. Sie war nicht nur eine Vorreiterin in der rechtssoziologischen Forschung, sondern Pionierin auch in vielen anderen Feldern. So hat sie als erste Frau viele Ämter bis hin zur Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts innegehabt und war damit Vorbild als selbstbewusste und moderne Frau in einer Zeit, in der die Gleichberechtigung von Mann und Frau ein Ideal war, mit dem die Lebenswirklichkeit wenig zu tun hatte. Wir werden Frau Limbachs niemals laute aber immer deutliche und klare Stimme für Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit schmerzlich vermissen.

Mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Calliess', with a small dot above the 'i'.

Ihr Graf-Peter Calliess

Inhalt

Preis für Recht und Gesellschaft 2017	3
Call for Papers: IVR-Tagung in Regensburg „Recht und Moral als soziale Praktiken	3
2. Kongress der Sektion Wissenssoziologie der DGS	4
Workshop: „Berlin 2017“	4
Rechtssoziologischen Vorlesungsreihe „Die sozialen Bedingungen des Rechts“ im SoSe 2017	5
Fachtagung zu den Themen „Medien – Kriminalität - Kriminalpolitik“	6
Kongress für Soziologie der ÖGS in Graz	7
Workshop des Centre for Socio-Legal Studies	8

Preis für Recht und Gesellschaft 2017

Die Christa-Hoffmann-Riem-Stiftung vergibt seit 1998 den „Preis für Recht und Gesellschaft“, mit welchem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausgezeichnet werden, die sich durch Ihr Werk insgesamt oder durch herausragende einzelne Arbeiten um die Forschung an den interdisziplinären Grenzbereichen des Rechts besonders verdient gemacht haben. Frühere Preisträger sind u.a. Susanne Karstedt, Peer Zumbansen, Arno Scherzberg und Stefan Huster. Der mit 2500 € dotierte Preis wird 2017 erneut vergeben.

Der Preisträger oder die Preisträgerin soll für die Einbindung interdisziplinärer Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, in die Rechtswissenschaften stehen, was etwa durch einen gelungenen Brückenschlag zur Rechtsdogmatik oder zu den Methoden der Rechtsanwendung oder durch konkrete rechtspolitische Vorschläge für rechtliche Instrumente, Verfahren, etc. zum Ausdruck kommen kann.

Vorschläge für geeignete Kandidatinnen oder Kandidaten mit einer kurzen Begründung, die auf die Ausschreibungskriterien eingeht, sowie mit CV und Veröffentlichungsverzeichnis werden bis zum 31. Mai 2017 an den Vorsitzenden des Preiskomitees erbeten unter (g.calliess@uni-bremen.de).

Call for Papers: IVR-Tagung „Recht und Moral als soziale Praktiken“

Das JFR (Junge Forum Rechtsphilosophie) veranstaltet vom 13.-15. September 2017 in Kooperation mit der Forschungsstelle Kultur- und Kollektivwissenschaft und dem Lehrstuhl für Praktische Philosophie eine Tagung zum Thema „Recht und Moral als soziale Praktiken“ in Regensburg.

Nähere Angabe finden Sie im Anhang.

2. Kongress der Sektion Wissenssoziologie der DGS

Der 2. Sektionskongress der Sektion Wissenssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) findet am 21. – 23 September 2017 an der TU Dortmund statt und ist mit dem Thema „Wissensrelationen“ befasst. Der Arbeitskreis Polizieren

Der Kongress „Wissensrelationen“ greift die soziologisch zentrale Kategorie des Wissens von ihren Rändern her auf und stellt die Frage der Beziehungen von Wissen zu jeweils anderen Formen der Weltwahrnehmung und Weltgegebenheit sowie der Grenzen von Wissen selbst in den Mittelpunkt. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf differente, von der Kategorie des Wissens unterscheidbare Elemente der Konstitution von Weltverhältnissen und der Konstruktion von Wirklichkeit. Zugleich bleibt mit dem Thema „Wissensrelationen“ der Bezug auf Wissen zentral. Exemplarisch werden drei ausgewählte Frage- und Problemkomplexe behandelt:

- Wissen und Emotionalität
- Wissen und Materialität
- Wissen und Alienität.

Der thematische Fokus bietet Gelegenheit, konzeptionelle Entwicklungen, methodische Debatten, empirische Studien und theoretische Reflexionen zu diskutieren. Ziel des Kongresses ist, die wissenssoziologische Auseinandersetzung in ihrer Vielschichtigkeit profiliert sichtbar zu machen. Wir laden dazu herzlich ein.

Hier finden Sie detaillierte Informationen zum [Kongressthema](#) und zum [CfP](#).

Workshop: „Berlin 2017“

Das Interdisziplinäre Forum für Recht und Gesellschaft, die Evangelische Hochschule Berlin, das Law & Society Institute Berlin und das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung veranstalten gemeinsam einen Workshop zum Thema „Berlin 2017: Mobilisierung von Recht in der pluralisierten Gesellschaft“, welcher durch uns gefördert wird.

Die Teilnahme ist kostenlos. Aus Platzgründen ist die Zahl der Teilnehmer/innen begrenzt. Bitte melden Sie sich bis zum 15. Mai 2017 unter berlin2017@rechtswirklichkeit.de an.

Nähere Angaben zum Workshop Berlin 2017 finden Sie im Blog des Berliner Arbeitskreises Rechtswirklichkeit welchen Sie [hier](#) finden.

Rechtssoziologischen Vorlesungsreihe „Die sozialen Bedingungen des Rechts“ im SoSe 2017

Die Humboldt-Universität zu Berlin (Christoph Möllers) veranstaltet in Kooperation mit Centre Marc Bloch (Andrea Kretschmann & Fabien Jobard) im Sommersemester 2017 eine rechtssoziologische Vorlesungsreihe zu der Thematik „Die sozialen Bedingungen des Rechts“.

Termine:

9. Mai 2017 *Aldo Legnaro (freier Sozialwissenschaftler)*
Drogen – Strafrecht – Herrschaft.
Wie sich das Strafrecht zur Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen nutzen lässt
23. Mai 2017 *Fabien Jobard (CNRS, Centre Marc Bloch, Berlin)*
Straflust und Strafkulturen im Vergleich am Beispiel Deutschlands und Frankreichs
20. Juni 2017 *Mathilde Darley (CNRS, Centre de recherches sociologiques sur le droit et les institutions pénales - CESDIP, Versailles)*
Sex, Migration und Strafe. Zur rechtlichen Konstruktion von Zuhälterei in französischen Gerichtsverfahren
11. Juli 2017 *Ruben Marc Hackler (Universität Zürich, Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte)*
Justizkritik in der Weimarer Republik.

Nähere Informationen finden Sie im Anhang und [hier](#).

Fachtagung zu den Themen „Medien – Kriminalität - Kriminalpolitik“

Die Kriminologische Zentralstelle E.V. (KRIMZ) veranstaltet am 19. und 20. Oktober 2017, unter der Leitung von PD Dr. Martin Rettenberger und Prof. Dr. Axel Dessecker, eine Fachtagung zu den Themen „Medien – Kriminalität - Kriminalpolitik“ in Wiesbaden.

Spektakuläre Ereignisse haben ein breites Publikum interessiert, seit Öffentlichkeit in der modernen Gesellschaft entstanden ist. Kriminalfälle sind nicht immer spektakulär, aber sie kommen häufig genug vor, dass immer Material zur Verfügung steht, das in den Publikumsmedien dargestellt werden kann und ein dankbares Publikum findet. Was dargestellt wird und wie es dargestellt wird, folgt journalistischen Interessen.

Zeitungen – gleichgültig ob auf Papier oder auf einem Bildschirm gelesen – verbreiten Berichte und Kommentare in völlig anderer Form als Radiosender oder das Fernsehen. Was auf einer Website dargestellt wird, muss auf der kleinen Anzeige eines mobilen Endgeräts lesbar sein. Was über einen elektronischen Kurznachrichtendienst verschickt wird, muss in höchstens 140 Zeichen formuliert werden. Alle Medien haben ihre Eigengesetzlichkeiten. Und die Reaktionen des Publikums kommen viel schneller und manchmal viel heftiger als erwartet.

Kriminalität und der Umgang mit Kriminalität sind zugleich politische Themen.

Manchmal entsteht der Eindruck, dass damit Wahlen entschieden werden.

Kriminalpolitische Richtungsentscheidungen wie die über das neue Sexualstrafrecht wären nicht in dieser Weise zustande gekommen, hätte es nicht eine Medienöffentlichkeit gegeben, die sich zu diesem Zeitpunkt gerade für dieses Thema interessierte.

Die Fachtagung wird sich mit den sich rapide wandelnden Voraussetzungen journalistischer Arbeit ebenso befassen wie mit der Frage, inwieweit Medien Kriminalpolitik machen. Hinzu kommen Beiträge zu den Folgen medialer Darstellungen etwa für Prozessbeteiligte in Strafverfahren. Nicht zuletzt wird es um Möglichkeiten gehen, Medien im Zusammenhang von Kriminalprävention und Resozialisierung von Straffälligen zu nutzen.

Tagungsprogramm und Anmeldeformular finden Sie [hier](#).

Kongress für Soziologie der ÖGS in Graz

Der Österreichische Kongress für Soziologie der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie findet vom 7. - 9. Dezember in Graz statt.

Die Entwicklung der Soziologie ist (vor allem im deutschsprachigen Raum) von Anbeginn durch ein Spannungsverhältnis zwischen praktisch-politischen Ansprüchen einerseits und der Zurückweisung ebendieser zugunsten ‚werturteilsfreier Forschung‘ andererseits gekennzeichnet, welche u.a. eng mit den jeweiligen Legitimationsbemühungen für das Fach im wissenschaftlichen Feld gekoppelt waren. Es stellt sich die Frage nach dem Fortwirken dieses Spannungsverhältnisses unter den Rahmenbedingungen des wissenschaftlichen Systems zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Während sich die außeruniversitäre Forschung seit jeher mit Fragen ihres Verhältnisses zur Praxis bzw. Politik beschäftigen musste, wird heute auch die universitäre Forschung wieder verstärkt mit diesbezüglichen Erwartungen konfrontiert. Forschungsförderungsprogramme nehmen etwa explizit Bezug auf den erwarteten Beitrag der Projekte zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen und entsprechende Drittmittelannahmen sind Bestandteil von Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Universitäten. Wie soll eine mittlerweile an den Universitäten erfolgreich etablierte Disziplin auf diese Tendenzen reagieren? Welche Konsequenz hat die Praxisnähe/Praxisferne für den Status des Faches im ‚Konzert der Wissenschaften‘ heute? Wie werden ‚Theorie‘ und ‚Praxis‘ derzeit definiert und besteht zwischen den beiden überhaupt ein Spannungsverhältnis? Wie sieht diese Situation im europäischen/internationalen Vergleich aus? Ergeben sich aus geänderten Rahmenbedingungen Konsequenzen für die Gestaltung der Curricula? Der ÖGS-Kongress 2017 soll die Möglichkeit geben, die Bedeutung dieser und weiterer Fragen im Zusammenhang mit der Thematik ‚Theorie-Praxis‘ für das Fach Soziologie zu diskutieren.

Nähere Hinweise finden Sie [hier](#).

Workshop des Centre for Socio-Legal Studies

‘Beyond evidence: how do knowledge practices inform the governance of environmental challenges?’

Date: Wednesday, 21 June 2017, 10.30 - 17.30

Venue: Wolfson College, Oxford, UK, OX2 6UD, Linton Road, Haldane Room

Theme

Few areas of life in modern societies – from the food we eat, the way we work to the technical products we consume - are untouched by regulatory decision-making informed by claims to knowledge of authority. Moreover, recent regulatory disasters, such as the VW emissions cheating scandal, the Smiler fairground ride accidents at Alton Towers and the ‘talk – talk’ phone hacking scandal raise again the question whether insufficient knowledge is a reason for regulatory failures.

We do not know much about how regulators and regulated organizations actually use knowledge claims also in more mundane, everyday regulatory decision-making. Hence, this workshop seeks to stimulate discussion about an established, persistent but still unresolved question: how does ‘evidence’ inform regulatory decision-making? While ‘evidence’ is a contested concept, we refer here to a variety of knowledge practices, such as professional expertise, experience based understanding and bureaucratic knowledges, that are deployed by regulatory agencies and regulated organizations in order to frame and decide governance challenges. These are knowledges that are considered as ‘other’ to ‘lay’ knowledges and citizen science. The workshop thus focuses on the application of ‘evidence’ in regulatory decision-making rather than how ‘evidence’ is generated.

The use of ‘evidence’ for governing environmental challenges is particularly interesting because there is a long tradition of enlisting environmental science in implementing legal regulation, and the complexity of contemporary environmental governance challenges has potentially increased the need for ‘evidence’. Moreover, governing environmental challenges often involves problematic but necessary mixes of both economic and environmental science ‘evidence’.

More specifically, the workshop addresses three salient questions:

- Why is there continued appeal to ‘evidence’ in regulatory decision-making despite scepticism about the fact-value distinction among some social scientists?
- How do legal rules steer the use (and lack) of ‘evidence’ in regulatory decision-making?
- Why does more or ‘better’ evidence not necessarily lead to ‘better’ regulatory decisions?

The workshop will explore these aspects of the use of evidence in regulatory decision-making in the context of specific environmental governance challenges, including water resource management in the UK, fracking and authorisation of renewable energy projects. The workshop will present perspectives from practitioners and work from researchers at various stages, including early and advanced career academics. It is anticipated that the workshop will be of interest to both academics and practitioners.

Weitere Informationen sowie das vorläufige Tagungsprogramm finden Sie im Anhang.

Ausschreibung

Preis für Recht und Gesellschaft 2017 der Christa-Hoffmann-Riem-Stiftung

Die Christa-Hoffmann-Riem-Stiftung vergibt seit 1998 den „Preis für Recht und Gesellschaft“, mit welchem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausgezeichnet werden, die sich durch Ihr Werk insgesamt oder durch herausragende einzelne Arbeiten um die Forschung an den interdisziplinären Grenzbereichen des Rechts besonders verdient gemacht haben. Frühere Preisträger sind u.a. Susanne Karstedt, Peer Zumbansen, Arno Scherzberg und Stefan Huster. Der mit 2500 € dotierte Preis wird 2017 erneut vergeben.

Der Preisträger oder die Preisträgerin soll für die Einbindung interdisziplinärer Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, in die Rechtswissenschaften stehen, was etwa durch einen gelungenen Brückenschlag zur Rechtsdogmatik oder zu den Methoden der Rechtsanwendung oder durch konkrete rechtspolitische Vorschläge für rechtliche Instrumente, Verfahren, etc. zum Ausdruck kommen kann.

Vorschläge für geeignete Kandidatinnen oder Kandidaten mit einer kurzen Begründung, die auf die Ausschreibungskriterien eingeht, sowie mit CV und Veröffentlichungsverzeichnis werden **bis zum 31. Mai 2017** an den Vorsitzenden des Preiskomitees erbeten unter (g.calliess@uni-bremen.de).

Recht und Moral als soziale Praktiken? IVR-Tagung in Regensburg, 13.-15. September

Recht und Moral als soziale Praktiken?

JFR*-Tagung in Regensburg, 13.-15. September 2017

In Kooperation mit der Forschungsstelle Kultur- und Kollektivwissenschaft und dem Lehrstuhl für Praktische Philosophie

Aus Sicht des sogenannten practice turn sind Recht und Moral ausschließlich oder primär soziale Praktiken. Eine entscheidende Innovation besteht darin, den Menschen nicht länger abstrakt als autonomes, vernünftiges Subjekt mit innerem moralischen Kompass zu begreifen, sondern als körperliches Wesen, das auf habituelle Weise mit lokalen sozialen und materiellen Umwelten interagiert. Hinter dem practice turn stehen verschiedene Arbeiten, z.B. von Foucault, Butler, Bourdieu, Taylor, Schatzki und Brandom. Für die Anwendung praxeologischer Konzeptionen auf Recht und Moral könnte man folgende Argumente anführen: Indem der Mensch als körperliches und habituelles Wesen begriffen werde, komme die Erklärung von Recht und Moral ohne substantielle metaphysische Vorannahmen aus. Sowohl tradierte Rechts- und Moralvorstellungen als auch traditionelle Konzeptionen von Normativität ließen sich auf dieser Grundlage kritisieren. Nicht zuletzt versprechen Praxeologien, zwischen scheinbaren Gegensätzen zu vermitteln, etwa zwischen Individuum und Kollektiv, Handlung und institutioneller wie ökonomischer Struktur, zwischen Geist und Körper.

Für andere indes führt eine Analyse von Recht und Moral als soziale Praxis in die Irre. Mit Argumenten ganz unterschiedlicher Positionen – z.B. Kant, Kelsen, Rawls oder Habermas – ließe sich kritisieren, dass sie zur sehr der Faktizität verhaftet bleibe. Praxeologische Ansätze vermengten Sein und Sollen und verlören so eine wesentliche Dimension von Recht und Moral aus dem Blick – ihre Normativität. Rechtliche und moralische Normen könnten zwar sozialtheoretisch verstanden, aber nicht mehr normativ begründet werden. Praxeologische Konzeptionen führten damit unweigerlich in den Relativismus und verlören jedes korrektive Potential. Zudem sei die Annahme eines autonomen Vernunftsubjekts unabdingbar, um an den bewährten Konzeptionen von Verantwortung und Zurechenbarkeit festhalten zu können. Das praxeologische Menschenbild taue mithin nicht als Grundlage von Recht und Moral.

Recht und Moral aus der Perspektive des practice turn: Ist das Durchbruch oder Verwirrung? Auf der Nachwuchskonferenz sollen beide Sichtweisen miteinander ins Gespräch gebracht und diskutiert werden, welche Chancen und Probleme praxeologische Zugänge zu Recht und Moral mit sich bringen. Wie genau sehen praxeologischen Konzeptionen von Recht und Moral aus? Wie lösen sie die genannten Probleme? Gibt es gute Gründe, an klassischen Positionen ganz oder partiell festzuhalten? Wir erbitten Einsendungen aus verschiedenen Disziplinen wie Rechtswissenschaft, Philosophie, Soziologie, Kulturwissenschaften, Ethnologie u.a.

Abstracts (max. 1.000 Worte) bitte bis 30.04.17 an jan.marschelke@ur.de

Weiter Informationen zu Tagung und Call unter

<http://www.uni-regensburg.de/sprache-literatur-kultur/kultur-kollektivwissenschaft/aktivitaeten/tagungen/index.html>

Die Tagungsbeiträge werden als Beiheft zur Zeitschrift „Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie“ publiziert.

*Das Junge Forum Rechtsphilosophie (JFR) ist die Vereinigung junger deutschsprachiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen Rechts- und Sozialphilosophie, Rechtstheorie und Rechtssoziologie. Es wurde Anfang der 90er Jahre ins Leben gerufen und steht in enger Verbindung mit der Deutschen Sektion der 1909 begründeten Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie (IVR).

Die Sozialen Bedingungen des Rechts

Rechtssoziologische Vorlesungsreihe im Sommersemester 2017



Centre Marc Bloch

Deutsch-französisches Forschungszentrum für Sozialwissenschaften



25. April 2017

Alexis Spire

(CNRS, Institut de recherche interdisciplinaire sur les enjeux sociaux, Paris)

Katia Weidenfeld

(Ecole nationale des chartes, Paris)

Steuerhinterziehung: Schärfe des Gesetzes, Wohlwollen der Praxis

9. Mai 2017

Aldo Legnaro

(freier Sozialwissenschaftler)

Drogen – Strafrecht – Herrschaft. Wie sich das Strafrecht zur Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen nutzen lässt

23. Mai 2017

Fabien Jobard

(CNRS, Centre Marc Bloch, Berlin)

Straflust und Strafkulturen im Vergleich am Beispiel Deutschlands und Frankreichs

20. Juni 2017

Mathilde Darley

(CNRS, Centre de recherches sociologiques sur le droit et les institutions pénales - CESDIP, Versailles)

Sex, Migration und Strafe. Zur rechtlichen Konstruktion von Zuhälterei in französischen Gerichtsverfahren

11. Juli 2017

Ruben Marc Hackler

(Universität Zürich)

Justizkritik in der Weimarer Republik

VeranstalterInnen: Fabien Jobard (CMB, Politikwissenschaftler), Andrea Kretschmann (CMB, Soziologin und Kriminologin), Christoph Möllers (HU Berlin, Rechtswissenschaftler)

jeweils 18.00 - 20.00 Uhr

**Humboldt-Universität, Juristische Fakultät,
Bebelplatz 2, Seminarraum 144**

Workshop *Draft* Program ¹

‘Beyond evidence: how do knowledge practices inform the governance of environmental challenges?’

Date: Wednesday, 21 June 2017, 10.30 - 17.30

Venue: Wolfson College, Oxford, UK, OX2 6UD, Linton Road, Haldane Room

Theme

Few areas of life in modern societies – from the food we eat, the way we work to the technical products we consume - are untouched by regulatory decision-making informed by claims to knowledge of authority. Moreover, recent regulatory disasters, such as the VW emissions cheating scandal, the Smiler fairground ride accidents at Alton Towers and the ‘talk – talk’ phone hacking scandal raise again the question whether insufficient knowledge is a reason for regulatory failures.

We do not know much about how regulators and regulated organizations actually use knowledge claims also in more mundane, everyday regulatory decision-making. Hence, this workshop seeks to stimulate discussion about an established, persistent but still unresolved question: how does ‘evidence’ inform regulatory decision-making? While ‘evidence’ is a contested concept, we refer here to a variety of knowledge practices, such as professional expertise, experience based understanding and bureaucratic knowledges, that are deployed by regulatory agencies and regulated organizations in order to frame and decide governance challenges. These are knowledges that are considered as ‘other’ to ‘lay’ knowledges and citizen science. The workshop thus focuses on the application of ‘evidence’ in regulatory decision-making rather than how ‘evidence’ is generated.

The use of ‘evidence’ for governing environmental challenges is particularly interesting because there is a long tradition of enlisting environmental science in implementing legal regulation, and the complexity of contemporary environmental governance challenges has potentially increased the need for ‘evidence’. Moreover, governing environmental challenges often involves problematic but necessary mixes of both economic and environmental science ‘evidence’.

More specifically, the workshop addresses three salient questions:

- Why is there continued appeal to ‘evidence’ in regulatory decision-making despite scepticism about the fact-value distinction among some social scientists?

¹ We gratefully acknowledge support for this workshop by the Centre for Socio-Legal Studies.

- How do legal rules steer the use (and lack) of ‘evidence’ in regulatory decision-making?
- Why does more or ‘better’ evidence not necessarily lead to ‘better’ regulatory decisions?

The workshop will explore these aspects of the use of evidence in regulatory decision-making in the context of specific environmental governance challenges, including water resource management in the UK, fracking and authorisation of renewable energy projects. The workshop will present perspectives from practitioners and work from researchers at various stages, including early and advanced career academics. It is anticipated that the workshop will be of interest to both academics and practitioners.

Provisional program

10.30 – 11.00: Introductions and welcome

Panel 1: ‘Taking stock’ – Dr. Chris Decker (chair): 11.00 – 12.30

Theme: Current academic scholarship focuses more on evidence based policy-making rather than evidence based regulatory decision-making. This panel will provide a critical introduction to both theoretical and empirically informed academic literature about the use of ‘evidence’ in public-policy and regulatory decision-making. The panel will explore how insights from the literature about evidence based policy-making can help to understand how ‘evidence’ becomes used in the context of regulatory decision-making. The panel will address fundamental questions, such as what counts as ‘evidence’, what purposes does it fulfil in regulatory decision-making and through what procedures can ‘evidence’ be integrated in regulatory decision-making?

1. ‘Expert and Lay Knowledge Claims as Evidence with the Regulation of Nationally Significant Infrastructure Projects’, Prof. Yvonne Rydin, The Bartlett School of Planning, UCL
2. ‘Evidence as process: the organizational mediation of evidence in regulatory decision-making’
Dr. Bettina Lange and Owain Johnstone, Centre for Socio-Legal Studies, Oxford
3. ‘How Law Anticipates: Ways of Knowing and Governing Technological Futures’
Prof. Ellen Stokes, Department of Law, Birmingham University

Lunch: 12.30 – 13.30

Panel 2: ‘Whose economics count?’ - Joe Perkins (chair): 13.30 - 15.00

Theme: Economic reasoning, for instance about the costs and benefits of proposed regulatory actions, is in practice often an important and convincing evidence base for regulatory decision-making. But economic expertise can be contested. Whose economics count? More specifically what judicial or quasi-judicial control should be exercised over the use of economic reasoning in regulatory decision-making? How can economics evidence relate to other knowledge claims, such as

those based on environmental science?

1. 'Some challenges of integrating economic and environmental evidence in regulatory decision making', Dr. Chris Decker, Centre for Socio-Legal Studies, Oxford.
2. 'The use of economic evidence in competition enforcement and economic regulation', Marie Clark and Chris Jenkins, Competition and Markets Authority
3. 'The standard and intensity of review of economic evidence: A comparative institutional competencies approach', Dr. Despoina Mantzari, Faculty of Law, Reading University

Tea/Coffee break: 15.00 – 15.30

Panel 3: 'Evidence and innovation in regulatory decision-making' – Dr. Bettina Lange (chair) 15.30 – 17.00

Evidence commissioned from experts outside an organization is often perceived as an important input into 'good' regulatory decision-making. It has the potential to challenge entrenched, path-dependent decision-making within private or public organizations. But there are various ways in which such evidence is adapted and deployed by private and public sector organizations. Whether 'out-house' evidence can contribute to innovative regulatory decision-making is therefore an unresolved question.

1. 'Drought management in the UK - agency vs. scale?', Dr. Kevin Grecksch and Dr. Catharina Landström, Centre for Socio-Legal Studies and Environmental Change Institute, Oxford.
2. tbc. Aaron Burton, UK Waterwise
3. Prof. Bernd Siebenhüner, University of Oldenburg

Summary and farewell: 17.00 – 17.30